

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einpaltige
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43. Sonnabend, den 23. Oktober 1915. 19. Jahrgang.

Wenig — viel.

Die „Kreuzzeitung“ bringt einen Artikel mit der Ueberschrift „Die Kriegsunterstützungen der Gewerkschaften“, der von einem Industriellen geschrieben ist und worin Vergleiche zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern gezogen werden, die wir als Gewerkschafter nicht ganz unabweisbar lassen können. Es heißt da:

Eine Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (sozialdemokratische Gewerkschaften) berichtet, daß die Gewerkschaften für Unterstützungen der Familien der eingezogenen Mitglieder vom Beginn des Krieges bis zum 31. Juli 10 421 584 Mk. aufwendeten und daß die Unterstützungen aller Art in diesem Zeitraum 86 724 161 Mk. betrugen, darunter 21 578 000 Mk. an Unterstützung für Arbeitslose. Wir wollen diese Leistungen keineswegs verkleinern. Immerhin mag darauf hinzuwirken sein, daß hier die Gewerkschaften nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Kriegsunterstützungen an Angehörige der Familien verwenden und im Vergleich zu den Aufwendungen, die die Arbeitgebererschaft Deutschlands ohne solche Unterstützungsverpflichtung lediglich aus freier Entschlossenheit für die Angehörigen ihrer zum Heer eingezogenen Beamten und Arbeiter, hauptsächlich jedoch für die Arbeiterfamilien macht, ist diese Ausgabe gering zu nennen. An öffentlichen Angaben liegt hierüber allerdings erst eine einzige vor. Es ist die kürzlich erschienene Mitteilung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins, wonach dessen Mitglieder bisher nicht weniger als 18 Millionen für diesen Zweck aufgewandt haben. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein mit dem Sitz in Mainz umfaßt hauptsächlich großherzoglich-hessische und hessen-nassauische Landesgebiete, darunter eine Anzahl der ertragreichsten industriellen Unternehmungen Deutschlands, also sehr leistungsfähige und umfangreiche Betriebe. Nicht jeder Bezirk von gleichem Umfang wird ähnliche Leistungen aufweisen können. Fast durchgehend aber haben, wenigstens die industriellen Arbeitgeber, Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit geleistet und zahlen sie auch weiter, die derjenigen der Reichsunterstützung gleich- oder nachkommend.

Also die Gewerkschaften verwendeten nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Kriegsunterstützungen an Angehörige ihrer einkommensschwachen Mitglieder. Richtig, aber dieser Teil betrug bis 31. Juli 10 1/2 Millionen Mark und steigt noch weiter. Diese Unterstützung wurde, das wollen wir hier besonders betonen, ebenfalls aus freier Entschlossenheit gewährt, denn eine Unterstützungspflicht für den Kriegsfall bestand statutenmäßig bei keiner Gewerkschaft. Und diese Unterstützung wurde beschossen in der vollen Erkenntnis, daß durch den Krieg die Mitgliederzahl und somit auch die Einnahmen gewaltig verringert wurden; ja, sie wurde beschlossen mit dem festen Willen, während der Kriegsdauer den Kampf im Innern einzustellen, die schwebenden Lohnbewegungen, Streiks usw. abzubrechen, wenn die Unternehmer die Tarifabmachungen und bisher gezahlten Löhne innehielten. Man darf also bei der Beurteilung dieser Unterstützung nicht allein die Summe betrachten, sondern man muß auch den Verzicht auf die Verbesserung der Lage mit in Rechnung stellen und dann kriegt die Sache ein anderes Gesicht.

Ob diese Ausgabe gering ist im Verhältnis zu den Unterstützungen der Unternehmer, die zum größten Teile den Beamten, weniger den Arbeitern zufällt, ist mehr als fraglich. Zumal wenn man bedenkt, daß ja auch die Unternehmer diese Unterstützungen, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit, d. h. auch nur einen Teil des von den Arbeitern und Angestellten erarbeiteten Gewinns zahlen und wenn man dann noch besonders beachtet, daß ja der Artikelreiber der „Kreuzzeitung“ hervorhebt, daß zum Mittelrheinischen Fabrikantenverein eine Anzahl der ertragreichsten industriellen Unternehmungen Deutschlands gehören. Was sind da 18 Millionen bei den Milliardenverdiensten im ersten Kriegsjahr? Das könnte man wohl mit ebensoviel Recht sagen, aber wir erkennen jede Hilfe zur Verringerung der Not an und wünschen, daß die „Kreuzzeitung“ an alle Unternehmer eine freundliche Mahnung richtet, die Angehörigen ihrer Beamten und Arbeiter, die einkommensschwachen, zu unterstützen, und es gibt noch sehr viel ertragreiche Unternehmungen, die bis jetzt keinen Pfennig für dergleichen Unterstützungen übrig hatten. Ganz besonders notwendig aber ist die Mahnung bei den landwirtschaftlichen Betrieben, da ist sie sogar dringlich.

Die Gewerkschaften zahlten und zahlen auch diese Unterstützungen nicht, um sich die Anerkennung der „Kreuzzeitung“ zu erwerben, sondern weil sie die ganze Schwere des Elends ermaßen, die der Krieg gerade den Arbeitern auferlegt, und sie sind nicht nur bemüht, auf direktem Wege zu helfen und zu lindern, sondern stehen auch sonst den Angehörigen mit Rat und Tat zur Verfügung. Und die Anerkennung und der Dank sind auch nicht ausgeblieben. Das beweisen Tausende von Briefen und Karten aus dem Felde. Das beweisen auch die vielen Gelobnisse, nach der Rückkehr wieder in Reich und Glied der Gewerkschaften zu treten. Das beweisen aber auch die bewundernden Anerkennungen von objektiv urteilenden Politikern und Nationalökonomern. Und schließlich ist auch die Anerkennung vom Regierungssicht nicht ausgeblieben, und hier gilt ein einzelner Satz mehr als drei Spalten der „Kreuzzeitung“. Die deutschen Gewerkschaften und Gewerkschafter haben gerade in diesem Kriege bewiesen, daß sie innerhalb und außerhalb der Grenzen des Vaterlandes ihre volle Pflicht tun und sie werden sie weiter tun, unbeeinträchtigt um Lob oder Tadel und unbeeinträchtigt darum, ob sie etlichen zu viel oder zu wenig tun. Ubi.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben dieser Tage dem Reichstagsrat eine Zuschrift folgenden Inhalts übermittelt:

Die Unterzeichneter nehmen erneut Anlaß, die Aufmerksamkeit des Reichstagsrats auf die unerträgliche Preissteigerung unserer Nahrungsmittel zu lenken. Unser Volk steht vor einer ersten Gefahr, die abzuwenden eine wichtige Aufgabe der inneren Politik ist. Zu den vielen Opfern, die das deutsche Volk heute bringt, sind die ihm hier auferlegten nicht aus dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert, noch weniger sind sie als unvermeidlich zu bezeichnen. An Lebensmitteln haben wir gegenwärtig keinen Ueberschuß, aber doch auch so viel zur Verfügung, daß wir im allgemeinen vor einer Hungersnot geschützt sind. Wir werden auf den Konsum einiger Artikel in höherem Maße Verzicht leisten müssen, weil hier die Produktionsprobleme den Bedarf nicht decken kann, aber wir haben zum Glück Ersatz in anderen Nahrungsmitteln, um den Preisbetrag decken zu können. Noch immer begegnen wir indes der Ansicht, daß die Bevölkerung zur Sparfamkeit im Konsum erzwungen werden müsse, und dies am ehesten durch hohe Preise geschehen könne.

Dieser Forderung müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegen-treten.

Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2.80 Mk. und Schmalz 2.40 Mk. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die ärmere Bevölkerung vom Konsum der Butter und Schmalz ausgeschlossen wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angehörigen und weiten Kreisen des Kleinvermögens solche Preise gezahlt werden. Unerträglich wird der Ankauf noch dadurch, daß Margarine im Preise von 1.30—1.50 Mk. für das Pfund schon den Preis erlangt hat, den die Butter früher erreichte. Speck steht im Preise der Butter gleich und ist deshalb nur noch selten im Haushalte der Armen, wie alle übrigen Fett- und Fleischarten es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an eiweiß- und fettreicher Nahrung, das heißt, ungesundheitsfördernd ist?

Zurückbar sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die forciert an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist. Versorgungsnot wird die Folge, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmälert, oder die Krankheit der Frau ihn vollständig aufhebt. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Verdienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den jetzigen Preisen ist es unmöglich; hier fehlt Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Leid, der Sorge und Angst um den, der brauchen sein Verdienst für das Wohl und Wehe des Landes!

Mit allen den Notleidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessentengruppe gibt, die nichts an diesem Jammer vorbeigeht, ja, denen diese Preissteigerung noch nicht hoch genug ist.

Alting es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmere Volksklassen, wenn heute eine Mittelschicht nach der anderen ihre hochgeschätzten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekanntgibt? Das ist ein Beweis, wie krampfhaft die wirtschaftliche Kollage ausgegünstigt wird und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reichs ist.

Die Androhung mit dem Wucherergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schütten uns nicht vor Preissteigerungen, weil der Wucherer nicht zu fassen ist; der Scheitlerwege sind viele und die Grenzen für zulässige Ueberschüsse sind weit gezogen.

Wir bekämpfen aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage an einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohn-erhöhungen über 20 bis 30 Pfg. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle der Löhne ist die billigere Frauenarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorarbeiten, die aus der Vereinfachung der Gesangen für die Großgrundbesitzer besonders erwachsen.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenutzt wird, geben uns die Viehpreise. Nach der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 7. September wurden im August d. J. auf dem Berliner Schlachthausmarkt folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Senner Lebendgewicht notiert:

Qualität	August 1915	August 1914
Ochsen a	74.38 Mk.	51.25 Mk.
" b	64.—	45.88
" c	55.—	40.83
Kälber a	83.19	52.17
" b	74.88	47.17
" c	66.38	39.50
Schweine a	173.75	48.31
" b	169.54	48.71
" c	163.29	47.—
" d	146.—	44.—

Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unsern früheren Eingaben darauf hingewiesen, wie notwendig Höchstpreise für Vieh sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wüste Preissteigerung hervorgerufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache aufwenden müssen. Nein, es ist die krampfartige Ausnutzung der Notlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. Daß die Landwirte die freie Marktlage ausnutzen wollen, um diese Preise zu erzielen, widerspricht den Interessen des Landes; diese Verteilungen zu üben durch Festsetzung von Höchstpreisen zurückgedrängt werden. Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unbedingte Begehren von Geldern maßgebend sein, die immer nur im engen Rahmen ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen verfehlen wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als bedauernd anerkennen.

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter

2.10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mk. gestiegen. Schmalz und Käse ist bis auf 2.40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1.90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preissteigerung noch nicht abzusehen; wir haben mit weiteren Steigerungen der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fett ist es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen, wie bei der Brotversorgung. Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Verteilung für die ärmere Bevölkerung wenig Wert hat, weil sie schon auf kleine Nationen gelehrt ist, aber es muß den Wohlhabenden auch klar werden, daß Krieg ist, und auch dort Einwirkungen gebieterisch gefordert werden.

Große Sorge bereitet uns die Milchproduktion, und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmittel. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichsrat des Innern empfohlen, daß durch Vermittlung von dieser Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Anforderungen zurückzuführen. Anschließend ist nichts unternommen, denn wir haben bereits die beschriebene Preissteigerung. Im engen Zusammenhang damit steht die Verteuerung der Hefeherstellung. Der hohe Preis von 850 Mk. für die Tonne, die der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Gärungerverwertungsgesellschaft vereinbart hat, bringt für den Landwirt den Anreiz, seine Gärte zu verkaufen, anstatt sie für die Viehhaltung zu verwenden. Mit der weiteren Verteuerung des Weizens wird neuer Anreiz für die höheren Viehpreise gegeben.

Eine andre Folge dieser rückwärtslosen agrarischen Verteuerung ist, daß für gebrannte Gerste und für Graupen hohe Preise angelegt werden müssen. Gerade Nahrungs- und Genussmittel der ärmere Volksklassen werden hier durch Preissteigerung besonders getroffen.

Für gebrannte Gerste beträgt der Preis vor dem Krieg 20 Pfg. das Pfund, gegenwärtig 60 Pfg. Der Kaffee muß 200 Prozent mehr zahlen für seinen Kaffee-Ertrag, während der Weizen für seinen Kaffee 5 Prozent Aufschlag zahlt. Alles das geschieht, ohne daß von der Regierung diesem Preis mit Erfolg Widerstand entgegengeleitet worden wäre.

Die Antwort, welche Herr Engel dem Vorstande der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erteilt hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwebende Lage namentlich der unbedeutenden Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besonderen Gebiete gewiß mancherlei Gutes schaffen, auf einer wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wird auch sie nicht imstande sein. Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Brot- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der künftigen Ernte hat die Bevölkerung ein Recht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preissteigerung für alle anderen Nahrungsmittel die Preise für die ärmere Bevölkerung zu mächtigem Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend ersuchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und Kartoffelprodukte. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie können den Unternehmungen nur unerhörte Gewinne. Die hohe Preissteigerung für diese Produkte dient nur zur höheren Bewertung der Kartoffel, und damit wieder zu Preissteigerungen für die Getreide.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen — aber diese Preise sehen weit über berechnete Ansprüche hinaus; sie bedeuten für die ärmere Bevölkerung, die nicht geringen Art. Tagelohn erheben wir Einspruch.

Wie die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel im Haushalt gestiegen sind, das mag folgende Tabelle veranschaulichen:

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.	Kleinhandelspreise		Steiger. in Prozent
	im August 1913	1915	
Zafelbutter per Pfund	192	220	68
Margarine " "	90	130	44
Bratenschmalz " "	76	210	176
Seringe, deutsche 2 Stück	15	22	46
Schinken, getoht per Pfund	180	300	66
" roh " "	180	300	66
Schinkenstück " "	150	260	73
Speck, fett " "	100	240	140
" mager " "	110	220	100
Pläumen, getrocknet " "	50	64	28
Ringäpfel, getrocknet " "	56	90	60
Zwiebeln " "	8	30	270
Bohnen, weiße lange " "	22	60	172
" kleine " "	15	54	211
Erbsen, Riesen " "	20	56	180
Kaffee, Qualität 4 " "	160	168	5
Bayrischer Walztee, lose " "	25	40	60
Gebrannte Gerste, 1. Qual. " "	20	60	200
Kakao, gute Qualität, lose " "	120	260	116
Bayrischer Bierkäse " "	80	120	50
Barzer Käse 3 Stück	10	12	20
Zister Käse per Pfund	100	140	40
Westfälischer Speisekartoffeln 5 Kilogr.	30	70	133
Brock- und Schnittbohnen 1-Pfd.-Dose	35	40	11
Schoten, junge per Pfund	60	70	16
Buchweizenkörner " "	25	30	20
Graupen " "	22	60	172
Hasferkoden II " "	25	60	140
Woggenmehl 00 " "	14	24	71
Weizenmehl I " "	25	40	60
Weizenmehl 00 " "	18	26	44
Festes amerikan. Salomil " "	22	60	172
Reis, Bangkok " "	22	60	172
Juder, Weiss " "	23	28	21

Verdorbenes Lebensmittel.

In einem Artikel 'Traurige Erfahrungen' beschäftigt sich der Evangelische Arbeiterbote (Nr. 40) mit der Teuerung. Nachdem das Blatt scharfe Worte gegen den Bucher gefunden, wendet es sich der Frage der vielfach verdorbenen Lebensmittel zu. Es schreibt: 'Was aber soll unser Volk von der anderen Tatsache denken und reden, von der gleichfalls dieser Tage entrikkete Mitteilungen durch die Blätter gingen: daß sich ganze Geschäftsunternehmungen auflösen, die sich lediglich mit dem Aufkaufen verdorbener Lebensmittel befaßten? Es ist ja klar, daß bei der überhäufteten Herstellung von sog. 'Dauerware' im Nachwinter des Jahres, wie sie in gutgemeintem Eifer von Stadtverwaltungen usw. in die Wege geleitet wurde, starke Herstellungsüberschüsse vorkamen. Aber redet es nicht wirklich Wände, wenn in großen Anzeigen solche Massenangebote von verdorbenen Lebensmitteln erscheinen, wenn verdorbene Biochwurst oder gesalzenes Fleisch hundertenweise als Schweinefutter 'offeriert' wird, oder wenn sich jetzt in Berlin eine 'Zentrale' für den Vertrieb verdorbener Lebensmittel gebildet hat, die sich in einer der großen Berliner Markthallen der interessierten Geschäftswelt durch ein mächtiges Kellermesserschild empfiehlt, darauf zu lesen steht: 'Zur Verfügung gestellte verdorbene Lebensmittel nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet, übernimmt sofort waggon- oder fuhrerweise (folgt Firma)'. Nun erfährt doch auch das laufende Volk, daß sich mühsam die Groschen zusammenwusch, um ein paar Pfund Gemüse heimzutragen, wofür alle die riesigen Vorräte wandern, die zwar da sind, aber nicht billiger abgegeben werden. 'Waggonweise' werden sie von den betriebsamen Geschäftsleuten in verdorbenem Zustand entgegengenommen, um wiederum möglichst teuer als Viehfutter oder, Gott weiß zu welchem Zweck, verwertet zu werden. Selbstverständlich bleiben auch in friedlichen Zeiten Marktreise in Fülle übrig, und es ist an sich zu begrüßen, wenn auch sie noch auf irgend welche vernünftige Weise Verwendung finden und nicht etwa gar auf dem Umwege geschickter 'Bearbeitung' womöglich doch wieder in den Lebensmittelhandel eingeschmuggelt werden. Aber gegenwärtig scheint denn doch der Handel mit 'verdorbenen Lebensmitteln' einen Umfang anzunehmen, der auf vielfach ungesunde Marktverhältnisse hinweist, ja, der in seiner Art Wände redet.' Wir teilen die Enttarnung des evangelischen Arbeiterboten, aber wir können uns nicht den Entschuldigungen anschließen, die das Blatt Stadtverwaltungen usw. zu teil werden läßt wegen überhäufteter Herstellung von sog. Dauerwaren. Es mag sein, daß Herstellungsüberschüsse vorgekommen sind, aber das entschuldigt nicht das Verderbenlassen der Waren. Ehe es so weit kam, hätten die Waren in den Handel gebracht werden müssen und zwar zu Preisen, die auch die ärmere Bevölkerung zum Kauf gereizt hätten: Wir gehen noch weiter, soweit Stadtverwaltungen Lagerbestände beschaffen, waren sie verpflichtet, Kontrolle über den Zustand der Waren auszuüben, sie auf schnellstem Wege an Abnehmer zu bringen, wenn Gefahr bestand, daß die Waren verderben könnten. Die Mittel, solches leicht festzustellen, haben die Stadtverwaltungen. Wo dies vernachlässigt worden ist, und wo dadurch große Mengen Nahrungsmittel zu Grunde gegangen sind, da haben sich die Stadtverwaltungen die größten Pflichtverletzungen zu schulden kommen lassen, und nachträgliche strengste Untersuchungen wären am Platze, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Kam bei den Städten Pflichterfümmis in Frage, so bet den Großhändlern und Spekulanten, die Waren verderben ließen, schnelle Gewinnjagd. Hier wäre strafrechtliche Verfolgung das einzig richtige, denn hier haben wir es durchweg mit strapuziösem Bucher zu tun. Deutsche, die in der Zeit der Lebensmittelnot nur daran denken, wie sie diese Notlage für sich geminnbringend ausnützen können und die Waren eher verderben lassen, als sie zu erschwinglichen Preisen auf den Markt zu bringen, verdienen keine Edonung, sondern strengste Freiheitsstrafen und öffentliche Brandmarkung.

Eine Petition der Bergarbeiterverbände.

Die vier Bergarbeiterorganisationen haben unterm 11. Oktober an die Reichsregierung nachstehende gemeinsame Petition gerichtet: Die unterzeichneten Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen bitten die deutsche Reichsregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen und die ärmere schwer arbeitende Bevölkerung mit den für die Ernährung notwendigen Fleisch- und Fettwaren zu versorgen.

Begründung:

In der letzten Zeit ist das Angebot von Fleisch und Fettwaren, die für die große Masse der ärmere Bevölkerung in Frage kommen, sehr zurückgegangen. Zum Teil ist das eine unvermeidbare Folge des Krieges. Es werden aber offensichtlich auch aus Spekulationsgründen Waren zurückgehalten.

Mit dem Abgang des Angebots haben die Preise für die genannten Waren eine gemaltige Steigerung erfahren.

Die ärmere Volksschicht können sich schon jetzt zum großen Teile den Genuß von Fleisch nicht mehr gestatten. Wenn der ungenügenden Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird, so können sie auch keine Fettwaren mehr erwerben und verwenden. Die finanziell besser gestellten Volksschichten kaufen die vorhandenen Fleisch- und Fettwaren zu jedem Preise, weil sie nicht auf deren Genuß verzichten wollen.

Für unser Volk und unsere Volkswirtschaft hat eine solche Entwicklung die ungünstigsten Folgen. Der Mensch bedarf zu seiner Ernährung einer gewissen Menge Fett. Insbesondere muß den Körperlich schwer arbeitenden Volksschichten das zur Erhaltung der verbrauchten Körperkraft notwendige unbedingt zugeführt werden. Einerseits um ihre Gesundheit nicht zu gefährden, andererseits um sie fähig zu erhalten, dauernd ihre Arbeit verrichten zu können. Die Arbeiter werden jetzt während des Krieges durchweg in einer Weise angespannt, daß sie einer kräftigen Nahrung dringend bedürfen. Ganz besonders ist das im Bergbau der Fall. Hier soll mit möglichst wenigen Kräften viel gefördert werden. Wird nicht für eine ausreichende Ernährung der Bergarbeiter gesorgt, so wird die Produktion leiden. Die Bergarbeiter müssen unter ihrer Arbeit zusammenbrechen, und es ist eine dauernde Schädigung ihrer Gesundheit sowie auch der Gesundheit ihrer Angehörigen zu befürchten. Diese Schäden müssen unbedingt verhindert werden.

Wir bitten deshalb um geeignete Maßnahmen, damit die vorhandenen Fleisch- und Fettvorräte nicht von den besitzenden und vielfach weniger arbeitenden Massen in übermäßiger Weise allein verbraucht werden, sondern auch der ärmere, schwer arbeitenden Bevölkerung das zu ihrer Ernährung und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendige Quantum zugeführt wird.

Die von der Reichsregierung angeklügelten Maßnahmen betreffend Verbeisaffung billigerer Kartoffeln entstehen aus der Notwendigkeit, auf diese Angelegenheit heute näher einzugehen.

Wir möchten indessen den bringenden Wunsch aussprechen, daß die angekündigte Kartoffelversorgung möglichst schnell und zu billigen Preisen erfolgt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. F. U.: Sachse. Gewerkschaft christl. Bergarbeiter Deutschlands. J. U.: Bockelmann. Polnische Bergarbeiter, Abt. Bergarbeiter. J. U.: Rankowski. Gewerkschaft der Bergarbeiter S.-D. J. U.: Klein.

Die hier geforderten Maßnahmen sind nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern der gesamten Bevölkerung dringend notwendig.

Kollegen! Seid unausgesetzt tätig für Eure Organisation!

vollendung, für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen sicherstellen, so müssen wir Höchstpreise zur Sicherheit gegen Spekulation und Ueberspannung der Konsumenten verlangen.

Berater für Kriegsbeschädigte.

Im Berliner Gewerkschaftshaus vereinten sich die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Richtungen, um sich mit der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingehend zu befassen.

Reichstagsabgeordneter Weis besprach die Notwendigkeit, zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten in erster Linie die in der Praxis stehenden Arbeiter und Angestellten mit hinzuzuziehen. Die Berufscollegen sind am besten in der Lage, den Kriegsbeschädigten sachverständigen Rat zu erteilen. Die heute für die Berufsberatung noch bestehenden Schwierigkeiten sind vielleicht in dem Umfange zu suchen, daß die kriegsverletzten Arbeitnehmer den beratenden Personen nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen. Die Sorge, daß die Uebernahme einer neuen Berufstätigkeit eine Kürzung der Militärrente nach sich ziehe und ähnliche Bedenken werden immer wieder geltend gemacht. Alle diese Schwierigkeiten sind — das wird auch von maßgebenden Lagereitzungen bestätigt — nur zu überwinden, wenn den Kriegsbeschädigten Arbeitern und Angestellten Vertrauensmänner aus den Kreisen der Arbeitnehmer als Berufsberater zur Seite stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hatten die freien, christlichen, kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften und die Verbände der Privatangestellten schon vor mehreren Wochen eine gemeinsame Vorschlagsliste von Vertrauensmännern und Berufsberatern für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingereicht. Ueber diese Vorschläge, die etwa 1000 Personen aus den Berufsverbänden aller Richtungen umfassen, haben dann eingehende Verhandlungen mit dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Winterfeldt, stattgefunden, der die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der Behörden mit den Berufsverbänden anerkannte. Vom Landesdirektor ist dann an sämtliche Landräte und Bürgermeister der Provinz die Anregung ergangen, die von den Verbänden vorgeschlagenen Vertrauensmänner zur Fürsorgetätigkeit innerhalb der Stadt- und Landkreise und zu den örtlichen Fürsorgekommissionen hinzuzuziehen. Leider sind aber nur einige Stadtkreise und nur eine verschwindend kleine Zahl von Landkreisen dieser Anregung gefolgt, während man im größten Teil der Provinz Brandenburg die vorgeschlagenen Vertrauensmänner und Berufsberater der Arbeitnehmerverbände von jeder Mitwirkung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgeschlossen hat. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als die Provinz Brandenburg in dem neubegründeten Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge eine führende Stellung einnimmt.

Die weiteren Redner, Neustedt, Verband der deutschen Gewerksvereine, Aufhäuser, Bund der technisch-industriellen Beamten, Kroll, Deutscher Werkmeisterverband, wandten sich sehr lebhaft gegen die Haltung der Stadt- und Landkreishörden. Die in den letzten Monaten so oft wiederholte Anerkennung für die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften sei nicht in Einklang damit zu bringen, daß man die Berufsverbände von jeder Mitwirkung ausgeschlossen werden, wenn es sich um die Berufswahl und damit um das künftige Schicksal der kriegsverletzten Arbeiter und Angestellten handelt.

Die Konferenz entließ sich in voller Einmütigkeit zu einem öffentlichen Appell an die zuständigen Stellen. Sollte auch in nächster Zeit den als Berufsberatern vorgeschlagenen Arbeitern und Angestellten die Bestätigung verweigert werden, so soll über die dann zu unternehmenden Schritte eine erneute Beschlußfassung erfolgen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt es aber unbedingt, rechtzeitig eine Verständigung herbeizuführen.

Zahl die Beiträge pünktlich!

Einige Zahlstellen berichten, daß ein Teil der Mitglieder mit der Beitragsleistung erheblich im Rückstand sei. Diese Erscheinung ist zu bedauern. Die Kollegen müssen dann damit rechnen, daß sie aus den Mitgliederlisten gestrichen werden. Dadurch gehen sie sämtlicher Rechte, besonders bei Unterstufungen, verlustig. Für die Familien ist es dann am empfindlichsten, wenn durch die Richtigkeit in der Beitragszahlung die Verbandszugehörigkeit verwirkt ist. Kollegen! macht es den Ortskassierern leicht und entrichtet die Beiträge pünktlich. Während der Kriegszeit ist die pünktliche Beitragszahlung besonders notwendig.

keit der Gewerkschaften sei nicht in Einklang damit zu bringen, daß man die Berufsverbände von jeder Mitwirkung ausgeschlossen werden, wenn es sich um die Berufswahl und damit um das künftige Schicksal der kriegsverletzten Arbeiter und Angestellten handelt.

Die Konferenz entließ sich in voller Einmütigkeit zu einem öffentlichen Appell an die zuständigen Stellen. Sollte auch in nächster Zeit den als Berufsberatern vorgeschlagenen Arbeitern und Angestellten die Bestätigung verweigert werden, so soll über die dann zu unternehmenden Schritte eine erneute Beschlußfassung erfolgen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt es aber unbedingt, rechtzeitig eine Verständigung herbeizuführen.

Teuerungszulage und Arbeitgeberbund im Baugewerbe.

Als vor kurzem die am Tarifwesen im Baugewerbe beteiligten Vorstände der Unternehmerorganisationen an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herantraten und ihn um eine Ausdrucks über die Teuerung eruchten, lehnte der Bundesvorstand diese Ausdrucks ab, die nach seiner Meinung nur den Zweck haben sollte, Teuerungszulagen zu erhalten. Neben der Anführung von — nach Ansicht des Bundesvorstands — sachlichen Gründen, die einer Teuerungszulage entgegenstehen, wollte er auch aus formellen Gründen nicht in der Lage sein, den Mitgliedern des Bundes, eine vom Tarifvertrag abweichende Entlohnung" empfehlen oder gestatten zu können.

Der in der Ablehnung gebrauchte Ausdruck gestatten ließ schon vermuten, daß der Bund einen gewissen Zwang auf die Mitglieder ausüben werde, um auch jede Verständigung über eine Teuerungszulage zwischen den einzelnen Unternehmern mit ihren Arbeitern zu verhindern. Daß diese Vermutung richtig war, ist später durch den Vertreter einer größeren Baugesellschaft bestätigt worden, der während einer Verhandlung über eine Teuerungszulage vor dem Bürgermeisterrat einer größeren Stadt in Südwestdeutschland die Erklärung abgab, daß die Unternehmer im Arbeitgeberbund ohne seine Zustimmung abgesehen haben, Teuerungszulagen abzulehnen.

Darauf ist es denn auch zurückzuführen, daß bisher alle an die örtlichen Unternehmerverbände gerichteten Anträge auf Gewährung einer Teuerungszulage abgelehnt worden sind, meist ohne Begründung, weil eine Begründung der Ablehnung nicht mehr möglich ist, da eben alles für die Bewilligung spricht. Trotz dieser ablehnenden Haltung aber hat die Teuerungszulage gute Fortschritte gemacht. Eine ganze Anzahl sehr bedeutender Firmen haben aus sozialer Einsicht oder um sich die wenigen vorhandenen Arbeiter zu sichern, im stillen eine Teuerungszulage gemährt. Damit ist nun freilich die ablehnende Haltung des Bundesvorstands bedeutungslos geworden, wenn er nicht die ihm anstehenden Strafmittel in Anwendung bringen will. Die Durchführung der Strafmittel dürfte ihm aber noch schwerer fallen als das Durchhalten seines unsozialen Beschlusses.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der Bundesvorstand in den nächsten Tagen zusammenkommen, wobei die Frage der Teuerungszulage eine ausführliche Behandlung erfahren soll. So wie die Dinge im Baugewerbe zur Zeit liegen, glauben wir, daß der Arbeitgeberbund mit neuen Strafandrohungen — wenn er sich dazu verstehen sollte — die Gewährung der Teuerungszulage ebenso wenig aufhalten kann, wie er es bisher tun konnte. Die Verhältnisse richten sich eben nicht nach Beschlüssen, sondern die Beschlüsse müssen den Tatsachen und der Situation angepaßt sein. Das sollte auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bald einsehen.

markt, zu beden. Ferner werden Preise und Bedingungen gemeinsam festgelegt. Zum Kartell gehören nach der 'Frankfurter Zeitung' die Zentren: Willerow u. Woch in Metlach, Dresden, Balmeslagen u. Wetzlar, Diamant-Steingewerbe Frankfurt a. M., G. m. b. H. in Hirschheim a. M., Franz Anton Mehlum in Bonn, Steingutfabrik Wittburg in Farge a. d. Wefer, Gebr. Urbach in Zepfing in Böhmen, Kischneider u. Co. in Saargemünd, Schwarzwälder Steingutfabrik in Hornberg, Sudwig Wessel N. G. in Bonn, Fabrik Technischer Steingutwaren in Breslau, während der Zentralverband der Grobhändler sämtliche in Deutschland bestehenden Verbände der Wasserleitungsbranche umfaßt. 'Händlerhaus' ist dieses Vertragsnetzwerk gelegentlich genannt worden, der Schutz besteht darin, daß dem Handel ein bestimmter Gewinnabschlag als Entgelt dafür abgebilligt wird, daß er nur Fabrikate des Fabrikantenkartells unter Einhaltung der ihm vorgeschriebenen Preise vertreibt. In der Praxis führen Abkommen dieser Art sowohl für Fabrikanten als für Händler zu einem oft sehr scharfen Organisationszwang. Berlin, den 14. Oktober 1916. Julius Kaliski.

Die Kartoffelversorgung.

Von Robert Schmidt, Berlin, Mitglied des Reichstages. Bei den hohen Preisen für alle Bedarfsartikel im Haushalt hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung wie im Vorjahre. Wir sind zwar nach dem übereinstimmenden Urteil aus landwirtschaftlichen Kreisen in der glücklichen Lage, eine sehr günstige Ernte vorzulegen zu können, die uns die Versorgung mit genügenden Kartoffelmengen nicht erschweren. Allerdings können wir nicht überblicken, welche hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf für Futterzwecke stellt, denn in diesem Jahre steht es mit den Futtermitteln noch ungenügender aus als im Vorjahre.

Aber selbst wenn wir die genügenden Mengen Kartoffeln zur Verfügung haben, bleibt für die ärmere Bevölkerung die sehr wichtige Frage, ob die Kartoffel zu einem erträglichen Preise zu erlangen ist. Das scheint uns nach der bisherigen Lage des Kartoffelmarktes schon unsicher zu sein. Preise für Kartoffeln von 2 bis 4,50 Mark der Zentner müssen in gegenwärtiger Zeit als außerordentlich hoch bezeichnet werden. Und leider haben wir in einigen Bezirken, wo die Bevölkerung die Gewohnheit hat, sich stark für den Winter einzudecken, schon eine Preissteigerung über die hier genannten Beträge. Das ist nun gefahren, um diese Kalamität zu beseitigen? Die Regierung hat die Gründung einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft soll einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft um die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann. Ebenfalls die Sicherheit der Versorgung; denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat schon vor längerer Zeit wieder die Forderung erhoben, Höchstpreise festzusetzen. Er verlangt einen Höchstpreis von 2,50 Mark für den Produzenten pro Zentner, und hat diesen Preis damit begründet, daß nach seiner Information der reine Produzentenpreis 1,25 Mark beträgt. Hierzu wäre der Betriebsgewinn und eine Erhöhung der Produktionskosten in Anschlag zu bringen, so daß ein Preis von 2,50 Mark als reichlicher Aufschlag erscheint. Zu diesem Preis sind heute keine Kartoffeln zu haben; aber ein höherer Anspruch würde nur eine Ausnutzung der Notlage bedeuten, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet. Bei einer Preislage von 2,50 Mark für den Produzenten muß man mit einem Aufschlag von 70 Pfg. für den Großhandel rechnen. Dieser Großhandel vollzieht sich, soweit der Bedarf für die Großstadt in Frage kommt, in der Regel folgendermaßen: Durch einen Kommissionär werden die Abschlüsse mit den Landwirten gemacht, und dieser Kommissionär vermittelt dann seine Ware an den Großhändler der Stadt. Man kann in der Regel dafür folgende Spesen pro Zentner aufstellen:

Table with 2 columns: Item and Price. Includes: Provision für den Kommissionär (10 Pfg), Fracht bis zur Bahnhofsstation der Großstadt (25), Verpackung, Anladen und Entladen (5), Schwund (5), Abgabe zum Kleinhandl. (15), Verdienst (10). Total in Summa 70 Pfg.

An diesen Beträgen wird man billigerweise nichts ändern können, im Gegenteil, sie werden in einigen Fällen eine Erhöhung erfahren müssen, weil unvorhergesehener Verlust und Störungen im Transport eintreten können. Für den Kleinhandel kann man 60 Pfg. Aufschlag berechnen, so daß man zu einem Gesamtpreis von 3,20 Mark im Minimum kommt. Das wäre ein Preis, der bei den dürftigen Einkommensverhältnissen — besonders unter Kriegsertrauen — noch reichlich hoch wäre.

Bedauerlich ist aber, daß die hohe Preislage für Kartoffeln stark beeinflusst wird durch die Stärkefabriken, die Kartoffeln zu hohen Preisen kaufen. Die Regierung hat für Kartoffelfabrikanten und Kartoffelmehl Höchstpreise festgesetzt, die außerordentlich hoch sind. Wir haben gegenwärtig durch Bundesratsverordnung einen Höchstpreis für Kartoffelmehl für den Doppelpentner von 42,20 bis 50,80 Mark. Das Angehörige dieser Preislage wird uns klar, wenn wir bedenken, daß von der Kriegsernte der Weizenmehl mit 36,75 Mark für August geliefert wurde. In normalen Zeiten hat natürlich der Preis für Kartoffelmehl, schon wegen seiner Winterverhältlichkeit, erheblich unter dem Preis für Weizenmehl gestanden. Es wird mithin durch diese Preispolitik der Regierung die Stärkefabriken ein Augenauge geöffnet, der so ziemlich alles übersteigt, was wir in Kriegsjahren im Wirtschaftsbetriebe gemohnt sind. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß vom 1. November an der Preis für Kartoffelmehl auf 41,80 Mark bis 42,80 Mark herabgesetzt wird. Aber auch das ist noch ein Preis, der sich im Hinblick auf die Preise von Kartoffeln nicht rechtfertigen läßt. Inbes, diese günstige Preislage läßt den Fabriken die Möglichkeit, für Kartoffeln verhältnismäßig hohe Preise anzulegen, und damit die Preise für Kartoffeln in die Höhe zu treiben.

Sonderbar, während die Regierung für Kartoffelmehl dauernd die Höchstpreise reguliert, hat sie eine starke Abneigung, für Kartoffeln Höchstpreise festzusetzen. Die Kreuzzeitung hat gegen Höchstpreise den Einwand erhoben, daß im Frühjahr diese Höchstpreispolitik für die Kartoffeln vollständig verlagert hätte und der Regierung einen Verlust von 50 Millionen eingetragen habe. Das ist leider richtig, berechtigt aber nicht zu einer Ablehnung der Höchstpreise. Der Verlust der Regierung entstand dadurch, daß man im April einen Höchstpreis festsetzte, der in einem Zeitraum von 14 zu 14 Tagen eine Preissteigerung von 50 Pfg. für den Zentner Kartoffeln nach sich zog, so daß man bei dieser Steigerung bis Ende Juli zu einem Preise von 3,50 Mark gekommen wäre. Großhandel und Konsumenten haben damals die Regierung gewarnt, diesen Schritt zu unterlassen, weil diese Aussicht auf höhere Preise sofort eine Zurückhaltung der Bestände herbeiführen könnte, um in Verbindung mit der Spekulation den höchsten Preis herauszuholen. Wenn dabei die Reichseinkaufsstelle für Kartoffeln Abkäufer zu diesen hohen Preisen gemacht hat, nachher aber die Ware nicht verwerten konnte, weil der Zusammenbruch dieser Spekulation kam, so ist das nur ein Beweis dafür, daß solche unnützen Höchstpreise mit vorgesehener Steigerung allerdings nur schädlich für den Konsumenten wie für die Finanzverwaltung des Reiches sind.

Ein dauernd festgelegter mäßiger Höchstpreis wird die Spekulation und Unruhe des Marktes aufheben, den Konsumenten wenigstens dieses Nahrungsmittel sicherstellen und den Landwirten keinen Schaden zufügen, wenn ein Höchstpreis gewährt wird, der reichlich die Produktionskosten deckt. Vor allem muß diese Preisfestlegung aber eine einheitliche für das ganze Reich sein. Die Preisfestsetzungen der einzelnen Gemeinden können uns nicht helfen, weil sie nur eine Unordnung in der ganzen Marktlage herbeiführen. Wollen wir also eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel für die Be-

